

Pressemitteilung

Wirtschaftsforum der SPD fordert Abschaffung der Urlaubssteuer / Frenzel: „Reiseveranstalter fürchten um ihre Existenz“

Berlin, 25. Juli 2019 – Das Wirtschaftsforum der SPD fordert, Gewerbesteuern auf die Anmietung von Hotelzimmern durch Reiseveranstalter zu streichen. „Finanzämter behandeln Hotelzimmer wie Fabrikhallen. Das ist absurd“, kritisiert der Präsident des Wirtschaftsforums der SPD, Dr. Michael Frenzel. „Die Urlaubssteuer gefährdet Tausende Arbeitsplätze in der deutschen Tourismuswirtschaft. Viele Reiseveranstalter fürchten um ihre Existenz.“ Der Branche drohten Milliardenverluste durch Steuerrückzahlungen und massive Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt. Ein Drittel aller deutschen Anbieter plane, zumindest Teile ihres Unternehmens ins benachbarte Ausland zu verlagern. „Und am Ende müssen alle Urlauber tiefer in die Tasche greifen, wenn die Reiseveranstalter nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben möchten“, so Frenzel weiter.

Entscheidung des Bundesfinanzhofs

Heute verhandelt der Bundesfinanzhof im Fall Frosch Sportreisen. Das Finanzgericht Münster hatte 2016 festgestellt, dass die gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Übernachtungsleistungen bei Reiseveranstaltern grundsätzlich rechtmäßig sei. Das will das oberste Finanzgericht in München nun grundsätzlich überprüfen. Denn nach der Gewerbesteuerreform 2008 werden von Unternehmen angemietete Immobilien wie Ladenflächen oder Büros der Gewerbesteuer hinzugerechnet. Doch erst in jüngster Zeit weiten die Finanzämter die Regelung immer stärker auf Reiseveranstalter aus. Die deutsche Tourismuswirtschaft rechnet mit einer jährlichen Mehrbelastung von rund 230 Millionen Euro und geschätzte Steuernachforderungen von über 1,4 Milliarden Euro. Betroffen sind nach Branchenangaben etwa 2.500 Reiseveranstalter sowie jeder vierte Busreiseanbieter.

Tausende Arbeitsplätze in Gefahr

„Das Urteil des Bundesfinanzhofs erwarten wir mit Spannung“, meint der Leiter des Fachforums Tourismus beim Wirtschaftsforum der SPD, Dirk Inger. „Die derzeitige Auslegung der Gesetzeslage zwingt Reiseveranstalter zu umfangreichen Rückstellungen. Damit gefährdet die Urlaubssteuer vor allem mittelständische Unternehmen und mit ihnen den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es drohen Geschäftsaufgaben, Arbeitsplatzverluste und Verlagerungen ins Ausland.“ Gerade mit Blick auf die finanzielle Lage der Kommunen sei Rechtssicherheit und die Sicherung von Arbeitsplätzen in

WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.
DOROTHEENSTRASSE 35
10117 BERLIN

T +49 30 400 40 660
F +49 30 400 40 666
MAIL@SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

SPD-WIRTSCHAFTSFORUM.DE

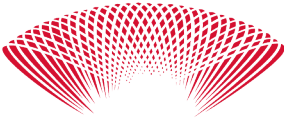
PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL FRENZEL, PRÄSIDENT
HARALD CHRIST, SCHATZMEISTER
PROF. DR. INES ZENKE, VIZEPRÄSIDENTIN
ROBERT M. MAIER, VIZEPRÄSIDENT

GESCHÄFTSFÜHRER:
DR. FRANK WILHELMI

REGISTERGERICHT:
AMTSGERICHT CHARLOTTENBURG / VR 33920

UST-IDNR.: DE 298512965
STEUERNUMMER: 27/620/62175
FA FÜR KÖRPERSCHAFTEN BERLIN

WEBERBANK AG BERLIN
IBAN: DE81 1012 0100 1004 0066 66
BIC: WELADED1WBB



strukturschwachen Regionen entscheidend, pflichtet der Präsident des SPD-nahen Wirtschaftsverbands, Dr. Michael Frenzel, bei. „Klar ist: Die Kommunen dürfen durch den Wegfall der Steuereinnahmen nicht belastet werden. Das Wirtschaftsforum der SPD setzt sich für eine solide Finanzierung der Kommunen ein.“

Weitere Informationen unter: spd-wirtschaftsforum.de

Sie haben Fragen? Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung.

Pressekontakt

Alexander Griefß

Redakteur Presse und Kommunikation

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

presse@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 202 198 35

Mobil: +49 151 402 000 19